

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

26.4.1919 (No. 98)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postkontokonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter: E. K. M. e. n. b. Druck und Verlag: G. Braun'sche Buchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.40 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 5.40 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gepaltene Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontrolieren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpölet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Das Wichtigste.

#### Wilson.

\* Die „Times“ melden aus New York, daß das amerikanische Publikum Wilson bei seiner Weigerung, die italienische Ansprüche auf Triume zu unterstützen, beipflichtet. Man ist der Ansicht, daß die Erfüllung der Forderungen den Grund zu einem Kriege legen würde und glaubt, daß die beste Lösung die sein würde, Triume ebenso wie Danzig zu internationalisieren.

Wie der „Telegraph“ meldet, schreibt die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“, daß Präsident Wilson obwohl der Konflikt mit der italienischen Delegation die Stellung der Deutschen gestärkt hat, davon überzeugt sei, daß Amerika, England und Frankreich stark genug seien, um den Friedensplan durchzuführen. Auf jeden Fall sei die Erklärung Wilsons Amerikas letztes Wort in der adriatischen Frage. Frankreich und England seien jedoch in einer viel schwierigeren Lage, da die Alliierten übereingekommen seien, keinen Sonderfrieden zu schließen.

#### Der Bruch Italiens mit den Alliierten.

\* Der „Perseveranza“ zufolge, hat der amerikanische Gesandte am Quirinal seine Demission eingereicht. Vor seiner Abreise von Paris erklärte Orlando: „Es besteht kein Bruch. Ich gehe nach Hause, um mein Volk um Rat zu fragen und werde bald zurückkehren.“

#### Kein Dauerfriede?

\* In einer Unterhaltung mit einem Vertreter der Telegraph-Union erklärte Ramsay MacDonald, der englische Delegierte zur Amsterdamer Sozialistischen Konferenz: „Paris wird in kurzer Zeit die Friedensbedingungen der Alliierten bekannt geben. Wir werden unsere Meinung äußern, insbesondere über die territorialen Fragen und die Unabhängigkeit der Nationalitäten. Wir erwarten, daß die Bedingungen von Paris den Frieden nicht für lange Zeit verbürgen werden.“

#### Die deutsche Friedensdelegation.

\* Die Liste der Mitglieder der voraussichtlich am 27. und 28. April von Berlin nach Versailles abreisenden deutschen Friedensdelegation ist fertiggestellt und der französischen Regierung mitgeteilt worden. Neben den eigentlichen sechs Friedensdelegierten nämlich den Reichsministern Graf Brockdorff-Ransau, Dr. Landsberg und Giesberts, dem Präsidenten der preussischen Landesversammlung, Oberbürgermeister Reinert, Professor Schüding und Dr. Reichler, umfaßt die Liste die Ministerialdirektoren von Stockhammer und Simons als Generalkommissare sowie Mitglieder des Auswärtigen Amtes und Vertreter der übrigen Reichsministerien und Behörden als Kommissare. Ferner gehören ihr Finanzsachverständige, Wirtschaftssachverständige und Mitglieder der Wirtschaftskammer an. Die Delegation wird von dem erforderlichen technischen und Angelpersonal begleitet sein. Mit ihr begibt sich der Vertreter der leitenden deutschen Nachrichtenagenturen sowie 15 Vertreter der deutschen Presse mit ihren Sekretären zum Verhandlungsort.

#### Die Spartakistenherrschaft in München.

\* Ein aus München entkommener demokratischer Politiker erzählt nach einer Meldung der „Bad. Fr.“, daß Graf Arco, der Führer Eisners, von Spartakisten aus der Klinik geschleppt und umgebracht worden sei. Der bei dem Landtags-Attentat schwer verletzte Minister Auer, der bereits wieder gehen kann, habe daraufhin die Klinik verlassen, da sein Leben bedroht war. Der frühere Kriegsminister Hoffhauer ist aus München entflohen und in Bamberg eingetroffen. Zahlreiche Bewohner des Bavaria-Viertels in München wurden von Angehörigen der Roten Armee, die von Haus zu Haus gingen, verhaftet. Unter denselben befand sich auch der bekannte Minister Gebehrat von Müller, der aber wieder freigelassen wurde, als er den Spartakisten erklärte, daß seine Tätigkeit doch auch ihnen zugute komme. Andere Verhaftete konnten sich durch eine entsprechende Geldsumme wieder loskaufen.

#### Die Lage in Bremen.

\* Die Lage in Bremen hat sich, der L. L. zufolge, verschärft. Der Gasarbeiterstreik wird allgemein und greift auch auf die Arbeiter über, die bisher noch arbeitswillig waren. Die Wasserleitungen sind abgesperrt. Auch die Lebensmittelversorgung ist zur Zeit noch unterbrochen. Der Streik ist rein politischer Natur und bezweckt den Sturz der jetzigen Bremer Regierung, die Entwaffnung der städtischen Wehr und Bewaffnung der Arbeiter, Aufhebung des Belagerungsstandes usw.

#### Befürchtungen für Nürnberg?

\* Aus Bamberg meldet die „Bad. Fr.“: Die Lage der Regierung ist sehr schwierig, weil sie sich Nürnberg nicht mehr sicher zu sein glaubt. Man befürchtet, daß die Nürnberger Spartakisten am 1. Mai die Räterepublik ausrufen werden.

### • Vom Tage.

#### (Vorbereitungen zu einem Generalstreik in Baden.)

Wir haben vorgestern bereits an dieser Stelle davon gesprochen, daß Spartakisten und Unabhängige auch bei uns in Baden zu dem Versuch eines Generalstreikes entschlossen sind. Selbstverständlich bedeutet das für unser Land eine Gefahr von größter Tragweite, eine Gefahr, die auch von der Öffentlichkeit und der Presse in ihrer richtigen Bedeutung voll gewürdigt wird. Es erscheint deshalb angebracht, nochmals auf die Sache zurückzukommen, und dabei im besonderen die Vorbereitungen für den Generalstreik in Baden, sowie die bisherige Kampfesweise jener Elemente zu beleuchten, die drauf und dran sind, das politische und wirtschaftliche Leben unseres Volkes zu stören. Die Vorgänge und Aktionen, um die es sich handelt, sind etwa folgende:

Führer der einheimischen Unabhängigen Soz. Partei reisten in letzter Zeit in fremde Streitgebiete, um sich dort für die in Baden einzuleitende Aktion Instruktionen zu holen. Mit dem Schlagwort „Vereinigung des Proletariats über die Köpfe ihrer Führer hinweg“ hat man zunächst in den Mannheimer Fabriken die der Mehrheitssozialdemokratie angehörenden Arbeiter zu gemeinsamer Arbeit zu bewegen und mittels des bereits bekannten Programms es so darzustellen versucht, als ob man lediglich darauf bedacht sei, die Erfolge der Revolution auf der Basis des Rechts und der Gesetzgebung zu verankern; in Wirklichkeit aber versuchen nun die Führer der U. S. P., die Arbeitermassen nach und nach für die Einführung des Räteystems zu gewinnen und, sobald man die Zeit für gekommen erachtet, mit Hilfe des Generalstreiks und eines gewaltsamen Aufstandes die jetzige Staatsform mit Gewalt zu beseitigen. Da den Drahtziehern von der badischen Regierung bisher kein Grund zum Angriff geboten worden ist, verlegen sie sich nunmehr auf Verleumdungen und Verleumdungen schlimmster Art. In einem Flugblatt, das die U. S. P. an Orten im Land verbreitete, wird glatt hin behauptet, die badische Regierung habe oder wolle ihre Freiwilligenkorps gegen München ins Feld schicken. Daran ist kein wahres Wort. Dessen ungeachtet aber wird diese Behauptung weiterhin verbreitet und daran wird die Forderung zur sofortigen Auflösung der Freiwilligenkorps und die Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr geknüpft. Es kann natürlich gar keine Rede davon sein, daß die Regierung auf eine solche Forderung eingeht.

Ebenso unwahr wie diese Behauptung ist jene, es seien mit Wissen der Regierung die Landwirte bewaffnet worden. Das strikte Gegenteil hiervon ist richtig. In jedem Fall, wo es der Regierung bekannt geworden war, daß während der Demobilisierung verloren gegangene Waffen in den Besitz bäuerlicher Gemeinden oder gar einzelner Bauern gekommen sind, wurden diese Waffen eingezogen und in sichere Verwahrung gebracht. Die Regierung hat den Landesorganisationsstellen der Bauern gegenüber und ihren nachgeordneten Organen immer wieder erklärt, daß die Bewaffnung der Bauern naturgemäß diejenige der Arbeiterschaft im Gefolge haben müßte, womit die Gefahr des Bürgerkriegs heraufbeschworen werden würde. Die Regierung hat es aber selbstverständlich andererseits auch für ein Gebot absoluter Notwendigkeit angesehen, der Bevölkerung insgemein die Möglichkeit zu geben, sich in Militärbataillonen und Freiwilligenkorps zu organisieren für den Fall, daß seitens der U. S. P. ein bewaffneter Angriff gegen die Regierungsbehörden erfolgen sollte. Diese Formationen sind nicht bewaffnet, treten auch sonst nicht politisch irgendwie in die Erscheinung, so daß gar kein Anlaß zu irgendwelchem Mißtrauen vorhanden ist. Die Zugehörigkeit von Studenten zu diesen Militärbataillonen — kann ebensowenig zurückgewiesen werden, wie diejenige von Arbeitern und Gewerbetreibenden. Eine solche Forderung aufzustellen wäre ebensowenig verständlich, wie wenn man dem Bürgertum beherrschend verbieten wollte, einen von der U. S. P. organisierten Generalstreik zum Sturz der jetzigen Staatsform mit dem Generalstreik des Bürgertums zu beantworten.

Mit welchen Mitteln der Demagogie zur Zeit gearbeitet wird, das erhellt aus der Tatsache, daß in der letzten Versammlung der U. S. P. die Forderung aufgestellt wurde, die Erhöhung der Lebensmittelpreise sei beschlußmäßig durchzuführen. Das ist eine

Forderung, die auf dem Boden der Heuchelei erwachsen ist. Die U. S. P. weiß selbst ganz genau, daß an der außerordentlich starken Lebensmittelnot nicht zuletzt die vielen Störungen im Wirtschaftsleben schuld sind. Gerade die Anhänger des Räteystems arbeiten aber mit Gewalt darauf hin, daß durch Streiks im Verkehrsgewerbe und in der Bergindustrie die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland gestört wird. Und die Stilllegung der Eisenbahnen hat Störungen in gleicher Richtung im G. folge. Wenn die U. S. P. also wirklich höhere Lebensmittelpreise wünscht, dann sollte sie vor allem einmal dafür sorgen, daß alle Störungen unterbleiben!

Wie sehr es den Feinden der jetzigen Ordnung und Staatsautorität darum zu tun ist, den völligen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens zu erzielen, das geht auch daraus hervor, daß sie verlangen, das gerichtliche Verfahren wegen Landesfriedensbruch aus Anlaß der Vorgänge am 22. Februar 1919 in Mannheim müsse eingestellt werden. Man verlangt weiter die Festsetzung neuer Mindestlöhne gemäß den Offiziersbezügen der Freiwilligenkorps. In Mannheim hat man diese Forderung aufgestellt; die Mannheimer Arbeiter jedoch würden in großer Zahl ihr blaues Wunder erleben, wenn sie sich mit den Offiziersbezügen abfinden müßten.

Am morgigen Sonntag soll in Mannheim in einer weiteren großen Versammlung über die Frage des Generalstreiks verhandelt werden. Am gleichen Tag will man auch anderwärts im Lande in ähnlicher Weise vorgehen, sofern es mittlerweile gelingt, die Arbeiter in den Fabriken für das Räteystem zu erwärmen. In einigen Industrieregionen des Schwarzwalds erschienen gleichfalls in den letzten Tagen Sendboten, um für das Räteystem Propaganda zu machen. Man will auf der ganzen Linie im Land neben der Aufstellung unerfüllbarer Lohnforderungen die Arbeitslosen in den Dienst dieser geplanten Aktion stellen. Die Parteien der Ordnung und der Gesetzlichkeit werden damit vor die Alternative gestellt, sich zu entscheiden, ob sie gegenüber solchem verbrecherischem Treiben ruhig Gewehr bei Fuß stehen bleiben wollen, oder ob sie nicht auch ihrerseits in Versammlungen und durch Flugschriften das Volk auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen haben.

Die U. S. P. und Kommunisten schicken ihre Agitatoren zu Studienzwecken nach Württemberg und Bayern; sie holen sich Instruktionen von da und vom Norden ins Land. Von den Mehrheitsparteien und deren Regierung aber fordern sie Entwaffnung und strengstes Verbot einer Hilfeleistung für Württemberg und Bayern. Wehrlos soll sich die große Mehrheit des Volkes der Diktatur einer kleinen Minderheit ergeben. Diesem ganzen Treiben dürfen die Parteien, die die Verantwortung für die Geschichte unseres Landes tragen, nicht tatenlos zusehen. In Wort und Schrift muß die Gegenaktion entfeuert werden!

An einem Beispiele von besonderer Schlagkraft möchten wir klar machen, wie fernellos und heuchlerisch die Taktik der Parteien des Terrors und der Anarchie ist. In Mannheim ist bekanntlich die erste Schiffsendung mit Lebensmitteln eingetroffen, und weitere Schiffsendungen sind für die allernächste Zeit zu erwarten. Die Bevölkerung unseres Landes darf sich dieser Tatsache freuen; denn es wird nunmehr, vielleicht schon in der nächsten Woche, möglich sein, diese Lebensmittel in den größeren Städten zu verteilen; die weiteren Sendungen sollen dann auf die übrigen städtischen Kommunalverbände verteilt werden. Gerade in der jetzigen Zeit der Entbehrungen wird eine solche Verbesserung der Lebensmittellieferungen allen Teilen der Bevölkerung, namentlich aber den minderbemittelten, außerordentlich erwünscht und wertvoll sein. Das ist es aber gerade, was die Spartakisten nicht wollen. Sie wollen keine wahre Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Sie wollen keine Zufriedenheit innerhalb der Bevölkerung. Sie wollen nicht, daß Hunger und Entbehrung, wie wir es jetzt doch hoffen dürfen, allmählich gemildert und schließlich nach und nach restlos beseitigt werden. Sie wollen die Hungerkrisis und die Bergzweiflung. Denn nur dann kann ihr verbrecherischer Weigen gedeihen. Und deshalb wollen sie den Streik und die Störung des Verkehrs und des Wirtschaftslebens, da dann ein

ordnungsmäßige Ausladung und Verteilung der Lebensmittel unmöglich ist. Mannheim soll die große Agitationszentrale für alle Putschaktionen in Baden und Württemberg werden; und deshalb allein fordert man die Entfernung des Freiwilligenbataillons aus Mannheim, dieses Bataillons, das dazu da ist, um die Sicherheit von Leben und Eigentum, von Verkehr und Wirtschaft, von Gesetz und Ordnung zu verschaffen. Wäre es erst einmal entfernt, dann gäbe es keine Macht mehr, die dem Terrorismus in den Arm fallen könnte. Es ist sonach ganz selbstverständlich, daß die Regierung eine derartige Forderung von vornherein aufs Nachdrücklichste ablehnt.

## aus der Schweiz.

Basel, im April.

Unter den vielen schwierigen Fragen, welche der Weltkrieg auch für die friedliche Schweiz gebracht hat, berührt die Fremdenfrage die deutschen Nachbarn wohl am nächsten. Es ist bekannt, daß eine ungewöhnlich große Zahl Deutscher in der Eidgenossenschaft ständigen Erwerb fand und nieder-gelassen war; man schätzt die aus der Schweiz gekommenen deutschen Kriegsteilnehmer auf mehrere zehntausend Mann. Eine noch viel größere Zahl suchte jährlich an den Seen und auf den Höhen in den ausgezeichneten und billigen Gasthöfen des wunderbaren Landes Ruhe und Erholung; die Deutschen machten etwa drei Viertel des gewaltigen jährlichen Fremdenstroms aus. Eine allgütige Menge schimmer Vor-kommnisse — Spionageorganisationen; heimliche Einfuhr von Bomben, Waffen und Seuchebakterien zur Verwendung in feindlichen Ländern; systematischer Schmuggel; laßlose Stimmungsmache durch Zeitungen und Broschüren; anarchistische Propaganda durch Ausländer und Neuschweizer — haben allmählich in dem aus freihändlerischer Überlieferung, Ahrrecht und Gewerksinteresse gleichermaßen gafffreundlichen Lande eine geradezu fremdenfeindliche Stimmung erzeugt. Es wird später einmal angezeigt sein, die zahlreichen peinlichen Fälle im Zusammenhang zu besprechen und über die Vergewaltigung unerfährlichen moralischen und metallischen Kapitals ein offenes Wort zu sagen. Eben hat in der Sitzung des Nationalrats vom 4. April ein Abgeordneter den Bundesrat angefragt, welche Maßnahmen er getroffen hat oder zu treffen gedenkt gegenüber gewissen der deutschen Gesandtschaft oder deutschen Konsulaten zugeteilten Persönlichkeiten, die während des Krieges auf Schweizer Gebiet einen terroristischen und revolutionären Propagandadienst organisiert haben. Der Vertreter des Bundesrats erwiderte, es sei nichts Neues, daß deutsche Konsularbeamte bei verbrecherischen Unternehmungen beteiligt waren. Das gehöre aber der Vergangenheit an. In der gleichen Sitzung wurde auch wegen des Schmuggels an der deutschen Grenze interpelliert, insbesondere auch über die Einschmuggelung von Waffen, deren sich ein bolschewistischer Jungbursche für den nächsten Generalfreil in öffentlicher Rede rühmte. Der Interpellant erklärte, die Demobilisierung in Deutschland sei ganz ungeordnet gewesen, Waffen aller Art seien in die Hand zweifelhafter Elemente in Deutschland und von ihnen aus in die Schweiz gekommen. Über den Waren-schmuggel veröffentlicht die Presse Fälle, welche an die seligen Zeiten des Rinaldo Rinaldini erinnern. So vor wenigen Tagen von dem wiederholten Auftreten bewaffneter Banden bei Zestetten in Stärke bis zu 100 Köpfen zwecks Tabakschmuggels, vor welchen sich die beiderseitigen Grenz-wachen ehrfürchtig zurückziehen. Das Geschäft bringe den deutschen Schmugglern in jedem nächtlichen Unternehmen einen Verdienst von 400—500 Mark pro Kopf! Die wirtschaftlichen Beschränkungen der Kriegszeit, die Verschärfung der Ernährungs-schwierigkeiten durch den erzwungenen Export von Vieh- und Lebensmitteln, manche Kriegsergebnisse und viele Vorkommnisse der oben angedeuteten Art haben einen Umschwung des schweizerischen Volksempfindens gegen die Fremden erzeugt, von welchem die zahlreichen öffentlichen Vorträge gegen die „Aberfremdung“ oder über die „wirtschaftliche Verteidigung der Schweiz gegen die ausländische Aber-flutung“ und jede Nummer der Tagespresse Zeugnis ablegen.

Diese Bewegung hat schon wesentliche Folgen gezeigt. Zunächst eine immer mehr sich verschärfende Erschwerung des Eintritts in die Schweiz, gegen welche die großen Hotelinteressen bisher keinen nennenswerten Gegenschlag haben. Dann die Organisation des Schweizer Gewerbes, wie sie in den Musterfesten ihren Ausdruck findet. Die nächste große Schweizer Mustermesse, welche ihren ständigen Ort in Basel hat, findet vom 24. April bis 8. Mai statt. Schon haben sich 1200 Aussteller (gegen 900 im vorigen Jahr) gemeldet. Nach den Anfragen wird die Zahl der Einkäufer aus allen Ländern sehr groß sein, man rechnet auf die Ausgabe von etwa 20 000 Markten. Wenn damit auch die Bedeutung der Leipziger Messe noch nicht beseitigt ist, so wird man doch in Deutschland gut tun, diese schweizerische Veranstaltung nicht zu unterschätzen. So las man in deutschen Zeitungen von einem Fiasco des Luzerner Feizmarktes, der vom 20. bis 27. März stattfand und der gleichfalls eine neue schweizerische Handels-maßnahme darstellt. Das ist ein ganz berechtigtes und unrichtiges Urteil; es wird sich mit der weiteren Durchführung des Unternehmens durch die städtische Marktkommission Luzern ändern. Angebot und Nachfrage waren für die erstmalige Veranstaltung ganz erheblich und wenn auch der Einfluß Leipzigs auf dem Rauchwarenmarkt damit noch nicht ausgeschaltet ist, so wird der Luzerner doch fühlbar werden. Das wichtigste Ergebnis der schweizerischen Umstellung in der Beurteilung der Fremdenfrage ist die soeben vom Bundesrat ausgesprochene Kündigung des deutsch-schweizerischen Nieder-laffungsvertrages vom 23. November 1909, ratifi-

ziert 26./29. Juni 1911. Nach Artikel 1 dieses Vertrages sollen die Angehörigen jedes vertragschließenden Teiles berechtigt sein, sich im Gebiete des andern Teiles ständig niederzulassen oder dauernd oder zeitweilig aufzuhalten; in Art. 6 ist gegenseitige Beschäftigung und Krankenfürsorge Hilfsbedürftiger zugesagt. Wird ein vertragsloser und fremdenfeindlicher Zustand oder welche andere Regelung wird an die Stelle dieser freund-nachbarlichen Bestimmungen treten? Der Krieg hat uns auch in diesen Dingen nicht gerade herrlichen Zeiten entgegengeführt. Der Niederlassungsvertrag ist nach ein Jahr vom Tage der Kündigung ab in Kraft.

## Politische Uebersicht.

### Professor Schüding über die Verhandlungsaussichten.

Professor Schüding, das bekannte Mitglied der deutschen Friedensdelegation, äußerte sich über die Aussichten der bevorstehenden Friedensverhandlungen folgendermaßen: Der Umstand, daß wir Unterhändler nächsten Montag in Begleitung eines großen Stabes nach Versailles abreisen werden, dürfte als Zeichen dafür angesehen werden, daß die Reichsregierung mit dem Eintritt in materielle Unterhandlungen rechnet. Ich persönlich bin optimistisch genug zu hoffen, daß die Nachrichten der französischen Presse über den Inhalt des Friedensvertrages in wesentlichen Punkten unrichtig sind und daß sich deshalb doch in den nächsten Wochen ein annehmbarer Vorfriede erzielen läßt. Vernünftige Stimmen, besonders aus dem anglo-amerikanischen Lager, haben in den letzten Tagen darauf hingewiesen, daß nicht mit dem jetzigen schwachen Deutschland Frieden zu schließen ist, sondern mit einem Deutschland, das in zwei bis drei Jahrzehnten doch wieder einen Faktor in der Welt darstellen wird.

### Italienische Freundlichkeiten für Wilson.

Die Mailänder Presse nimmt überaus scharf Stellung zur Note Wilsons. Der „Secolo“ bezeichnet sie als willkürliche Einmischung in die italienischen Angelegenheiten. Italien werde sich gegen den Mann erheben, der sich als Schiedsrichter gerade Italien gegenüber aufspiele, während er andern, taum zur Unabhängigkeit gelangten Staaten weitgehende, Zwitterrecht und Vergewaltigung vorbereitende Vorteile zugebacht habe. In allen Großstädten Italiens fanden Lt. A. L., bedeutungsvolle Kundgebungen statt, bei denen „Nieder mit Wilson“ und „Hoch Diume“ gerufen wurde.

### Rückgang des Streiks im Ruhrrevier.

Nach Mitteilung des Bergbauvereins ist in der Donnerstags-Frühstunde die Zahl der Ausständischen auf 69 201 (am Tage zuvor 66 735) zurückgegangen gleich 27,34 Prozent gegen 30,91 Prozent. In den Bergrevieren Löhnen, Werden, Wattenstein, Witten, Nordbischum, Südbischum und Dortmund III kann der Ausstand als erloschen gelten, da weniger als 10 Prozent bei der Einfahrt fehlten, womit auch in normalen Zeiten gerechnet werden muß. Im Bergrevier Oberhausen-Dortmund fehlten 16 Prozent, so daß auch hier der Ausstand erloschen ist.

## Badischer Teil.

In der letzten Zeit mehrten sich die Anfragen und Anträge der Gemeinden wegen Zuweisung von Grundstücken bei der Aufstellung der Fideikommission und Stammgüter. Die Gemeinden fürchten offenbar, es möchten die bisherigen Besitzer der Fideikommission und Stammgüter die Grundstücke ohne Rücksicht auf die Interessen der Gemarkungsgemeinden schon jetzt veräußern, so daß die Gemeinden benachteiligt würden. Zur Beruhigung wird der Hinweis dienen, daß nach § 66 der nunmehr geltenden Verfassung zur Veräußerung von solchen Gütern oder von Teilen derselben bis zur Regelung durch ein besonderes Gesetz die Genehmigung des Staatsministeriums erforderlich ist. Hinsichtlich der nicht gebundenen Liegenschaftsbesitze werden durch das vom Landtag aufgenommene sog. Sperrgesetz durch die darin vorgezeichnete Genehmigung von Liegenschaftsveräußerungen die öffentlichen Interessen gewahrt.

Zu Beginn des Krieges hat die Landesversicherungsanstalt Baden ihre Lungenheilstätte Friedrichsheim der Militärverwaltung für die Kriegsdauer zur Errichtung eines Reconvaleszenz zur Verfügung gestellt. Sie hat dies der dringenden Notlage wegen, in der sich die Militärverwaltung befand, getan, obwohl durch diese Maßnahme die Fürsorge für die eigenen Versicherten erheblich beschränkt wurde. Nachdem aber der Krieg nunmehr zu Ende ist, muß die Landesversicherungsanstalt die Heilstätte wieder für ihre eigenen Zwecke in Anspruch nehmen. Die Wirkungen des Krieges lassen eine starke Vermehrung und Ausbreitung der Tuberkulose befürchten, so daß an die Landesversicherungsanstalt erhöhte Ansprüche hinsichtlich der Bekämpfung dieser Krankheit gestellt werden. Um diesen zu genügen bedarf sie dringend der Verfügung über die Heilstätte Friedrichsheim, wobei sie sich übrigens voraussichtlich bereit erklären wird, auch weiterhin lungenkranke Soldaten in ihrer Heilstätte Nordrach und nach Vornahme der notwendigen Zustandssetzungsarbeiten, auch in der Heilstätte Friedrichsheim aufzunehmen, soweit die Rücksicht auf die Fürsorge für die Versicherten, aus deren Beiträgen die Heilstätte doch zum Teil erbaut wurde und für die sie besteht, es zuläßt. Nun scheinen aber die in der Heilstätte untergebrachten Soldaten, von denen ein erheblicher Teil schon geheilt ist, der Räumung Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Es wäre höchst bedauerlich, wenn die Regierung genötigt wäre, mit Gewaltmitteln einzugreifen, um der Landesversicherungsanstalt die tatsächliche Verfügung über ihren Besitz zu verschaffen.

Veranlaßt durch eine Minderheit radikaler Elemente hat der Arbeiterausschuß der Firma Brown, Boveri & Co. in Mannheim an die Firma das Ansuchen gestellt, die nicht freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht mehr zu beschäftigen; die Firma hat dieses Ansuchen abgelehnt, und auch der Schlichtungsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Vorgehen des Arbeiterausschusses mit der Koalitionsfreiheit nicht zu vereinbaren sei. Ebenso wie die große Mehrheit der Arbeiterschaft, insonderheit der freigewerkschaftlich organisierten, mißbilligt die Regierung das unfreihändlerische und ungesetzliche Vorgehen einer Gruppe von Arbeitern und hat sofort Verhandlungen eingeleitet, um den Minderheitsorganisationen und der Firma Brown, Boveri & Co. zum Rechte zu verhelfen.

Infolge des Steigens der Löhne, der Erhöhung der Kohlenpreise und der Frachten sowie des sonstigen persönlichen und sachlichen Aufwands haben sich die Erzeugungskosten für Ziegelewaren erheblich gesteigert. Die Hersteller sind deshalb in der letzten Zeit wiederholt um eine angemessene Erhöhung der derzeitigen Preise für Ziegelewaren vorstellig gebunden. Wenn auch mit der Erhöhung der Preise eine weitere Verteuerung des Bauens verbunden ist, hat sich die Regierung der Berechtigung der vorgebrachten Wünsche doch nicht verschließen können, zumal da sonst die Gefahr weitgehender Einschränkung der Ziegelerzeugung und damit einer unerträglichen Erschwerung und Hemmung der Bautätigkeit bestand. Deshalb sind durch Verordnung des Arbeitsministeriums mit sofortiger Wirkung neue Richtpreise festgesetzt worden, sie betragen:

Maschinensteine	75 M.
Wiberschwänze je nach Größe und Sorte	105—120 M.
Preßsalzriegel je nach Sorte	200—220 M.
Strangsalzriegel je nach Sorte	180—200 M.
endlich für das Stück Festsiegel	1 M.

Diese Preise gelten ab Werk auf Eisenbahnmagazinen oder Zuhre verladen. Die Verordnung enthält weitere Bestimmungen über ausnahmsweise Gewährung eines angemessenen Aufschlags auf die Richtpreise, über die Höhe der Händlerzuschläge und über die Preise für die vorhandenen Vorräte. Für diese Vorräte gelten die bisherigen Höchstpreise. Es darf der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß diese Neu festsetzung der Preise, die den Wünschen der Erzeuger in einem vertretbaren Maße Rechnung trägt, eine möglich umfangreiche Aufnahme der Bausteine- und Ziegelerzeugung zur Folge haben wird, soweit dies bei der gegenwärtigen trostlosen Lage der Kohlenversorgung überhaupt möglich ist, und daß auf der anderen Seite die Bautätigkeit durch die höheren Preise nicht allzusehr beeinträchtigt wird.

### Vermögensverzeichnisse und Steuer-erklärungen.

Nach der Verordnung der Reichsregierung vom 13. Januar 1919 Reichsgesetzblatt S. 67) sind nach dem Stand vom 31. Dezember 1918 Vermögensverzeichnisse aufzustellen. Die Vorbrücke zu diesen Verzeichnissen werden spätestens allen zur badischen Vermögenssteuer mit wenigstens 1000 M. veranlagten natürlichen Personen zugestellt werden. Wer keinen Vorbrück zugeschickt bekommt, wolle sich einen solchen beim Steuerkommissär oder — in den Orten außerhalb des Amtsbereichs des Steuerkommissärs — beim Bürgermeisteramt abholen. Die Vorbrücke enthalten auch einen Abdruck der erwähnten Verordnung nebst den Ausführungsbestimmungen des Reichsfinanzministeriums dazu, woraus das Nähere zu ersehen ist. Die ursprünglich auf den 31. März festgesetzte Frist für die Aufstellung dieser Verzeichnisse ist allgemein bis zum 31. Mai verlängert worden. Soweit das Vermögen in Wertpapieren besteht, sind der Bewertung die vom Staatenausschuß zu diesem Zweck festzusetzenden Steuerkurse (Steuerwerte) zugrunde zu legen. Diese Kurse sind bereits vom Reichsfinanzministerium vorläufig festgesetzt und veröffentlicht worden. Daß die Vermögensverzeichnisse bei irgend einer Behörde eingereicht werden sollen, ist bis jetzt nicht angeordnet; sie sind daher zunächst von dem Abgabepflichtigen sorgfältig aufzubewahren.

Da in den nächsten Monaten auch das alljährliche Ab- und Zuschreiben der Landessteuern stattfindet, so sei besonders darauf hingewiesen, daß in den Vermögenssteuererklärungen, die nach den Bestimmungen des badischen Vermögenssteuergesetzes dabei einzureichen sind, nicht etwa fälschlich dieselben Angaben gemacht werden können wie in den oben besprochenen Vermögensverzeichnissen, weil diese dem Stand am 31. Dezember 1918 entsprechen müssen, während für die Vermögenssteuererklärungen der 1. April 1919 der maßgebende Tag ist und weil sich inzwischen bei manchen Wertpapieren der Kurswert nicht unerheblich geändert hat. Ein Steuerzettel, wie er für den 31. Dezember 1918 veröffentlicht worden ist, wird für den 1. April 1919 nicht herausgegeben, da für einen Teil der Wertpapiere, insbesondere Aktien u. dgl. z. B. wieder amtliche Kurse festgesetzt und bekannt gegeben werden; im übrigen ist es Sache der Steuerpflichtigen, sich die für die Bewertung der Wertpapiere nach dem Stand am 1. April 1919 nötigen Unterlagen durch Befragen von Banken oder sachkundigen Personen zu beschaffen. Bei Papieren, bei denen nicht anzunehmen ist, daß sich ihr Wert in der Zeit zwischen dem 31. Dezember 1918 und dem 1. April 1919 wesentlich geändert hat, werden die Angaben des Steuerkursetzels für den 31. Dezember 1918 auch der Bewer-

ting nach dem Stand am 1. April 1919 zugrund gelegt werden können.

Badische Rundschau.

Die Frage nach dem mutmaßlichen Termin für die Verteilung der auf Baden entfallenden ausländischen Lebensmittel beschäftigt zurzeit die Bevölkerung in Stadt und Land begreiflicherweise in hohem Grade.

Der Auslandsbedarf stellt einen umso willkommeneren Zusatz zu unseren knappen Nahrungsmitteln dar, als der Fleisch- und Fettmangel gerade in der letzten Zeit immer fühlbarer in Erscheinung trat.

Angeht es doch schließlich um die Ernährung der Bevölkerung, so ist es natürlich, daß man sich nach den Möglichkeiten bemüht, die Versorgung zu erleichtern.

Die Gemeindevahlen in Baden werden später erfolgen, als ursprünglich angenommen wurde.

Präsident Fehrenbach zur Friedensfrage.

Gelegentlich einer Versammlung des katholischen Birkenervereins in Freiburg sagte der Präsident der Deutschen Nationalversammlung, Fehrenbach, u. a.: Der parlamentarische Friedensauschuss sei auf den 2. Mai nach Berlin einberufen.

Landesversammlung der Bezirksbauernräte Badens.

Am 23. April fand auf Einladung des badischen Landesbauernrates im Sitzungssaal der ehemaligen Zweiten Kammer in Karlsruhe die Landesversammlung der Bezirksbauernräte statt.

Die vom badischen Landesbauernrat festgesetzten Richtlinien über die Frage des Grundbesitzes wurden nach unweiteschlichen Änderungen einstimmig angenommen.

Ein Antrag auf Neuwahl des badischen Landesbauernrates oder Zuwahl für diesen wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt; dagegen wurde ein Antrag angenommen.

Lehrerschaft und Religionsunterricht.

Durch die neue badische Verfassung ist die Erteilung des Religionsunterrichts durch die Lehrerschaft auf eine andere, weitgehendere Grundlage gestellt worden.

Der Karlsruher Bezirkslehrerverein hat sich dabei in einer auf sieben Punkte gegliederten Entschlieung u. a. dahin ausgesprochen, daß er in dem Religionsunterricht einen wesentlichen Bestandteil der Unterweisung unserer Jugend erblickt.

In Mannheim waren jüngst über 200 Religionslehrer, Religionslehrerinnen und Geistliche versammelt, wobei ähnliche Forderungen gestellt wurden.

Evang. kirchlich-positive Konferenz.

Die in Karlsruhe abgehaltene kirchlich-positive evangelische Konferenz nahm eine Erklärung an, in welcher sie jede Revolutionierung der Kirche, von welcher Seite sie auch kommen möge, ablehnt.

Eine Bürgermeisterversammlung in Rastatt.

Im Bezirksamt Rastatt fand dieser Tage eine Bürgermeisterversammlung statt, die von sämtlichen Bürgermeistern des Bezirkes besucht war.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Nr. 27 des Badischen Gesetzes, und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz: das badische Verwaltungsgesetz betreffend.

Nr. 28 des Badischen Gesetzes, und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz: die badische Verfassung betreffend.

Augsverkehr am 1. Mai. Am Donnerstag, den 1. Mai, verkehren, wie die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen uns mitteilt, die Personen- und Güterzüge in Baden wie an Sonn- und Feiertagen.

B.C. Offenburg, 23. April. Von der amtlichen Uebnahme-feststellung in Offenburg waren bis Ende voriger Woche 19 000 elafische Flüchtlinge zur Weiterfahrt nach den verschiedenen Gegenden Deutschlands abgefertigt worden.

B.C. Freiburg, 23. April. Der Freiburger Stadtrat hat beschlossen, das badische Ministerium des Außeren zu ersuchen, auf der Reichsregierung dahin vorzulegen zu werden, daß nach

Friedensschluß an einem von der Reichsregierung zu bestimmenden Tage im ganzen Reiche das Andenke der gefallenen Krieger gefeiert wird.

Badische Zeitungsstimmen.

Die Schädigung der deutschen Volkskraft durch den Weltkrieg. Der „Kämpfer“ schreibt: In den Studien der Kopenhagener Gesellschaft für soziale Folgen des Krieges ist eine neue umfangreiche Arbeit von Karl Döring erschienen, welche die Bevölkerungsbewegung in Deutschland während des Weltkrieges bereits zusammenfassend und abschließend darstellt.

Altersaufbau und Geschlechtszusammensetzung der deutschen Bevölkerung hat sich vollkommen verändert. Vor dem Kriege kamen auf 1000 Personen männlichen Geschlechts 1024 Frauen.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Gemeindevahlen in Karlsruhe sollen, wie der „Volkfreund“ meldet, am 18. Mai stattfinden.

Die Technische Hochschule Karlsruhe hat den Geh. Rat Prof. a. D. Dr. Karl Keller, der in München im Ruhestand lebt, die Ehrenwürde eines Dr. Ing. verliehen.

Staatsanzeiger.

Im Einverständnis mit dem Finanzministerium ist auf Grund des § 8 Absatz 2 der landesherrlichen Verordnung vom 26. Juni 1906, die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbaufach betreffend, Diplomingenieur Robert Pfisterer vom Jahr i. B. als Ingenieurpraktikant aufgenommen worden.

Bekanntmachung.

In der Bekanntmachung der Verordnung vom 5. Februar 1919 betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken im Staatsanzeiger Nr. 71 vom 24. März 1919 sind in Artikel I Absatz 2 die Worte: „und Feiertage, die höhere Verwaltungsbehörde für weitere vier Sonn- und Feiertage im Jahre . . . . . eine Befähigung . . . . . zulassen.“

Die Polizeibehörde kann für sechs Sonn- und Feiertage, die höhere Verwaltungsbehörde für weitere vier Sonn- und Feiertage im Jahre . . . . . eine Befähigung . . . . . zulassen.

Karlsruhe, den 8. April 1919. Rüdert. Hoch.

Bekanntmachung.

Anmeldebürgen zu der für Spätsjahr 1919 in Aussicht genommenen Staatsprüfung im Ingenieurbaufach können noch spätestens bis 10. Mai 1919 mit den in § 8 Absatz 1 der landesherrlichen Verordnung vom 26. Juni 1906, die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbaufach betreffend, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 1914 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 344) bezeichneten Angaben und Nachweisen bei uns eingereicht werden, worauf über die Zulassung entschieden wird.

Karlsruhe, den 19. April 1919. Arbeitsministerium. Rüdert. Hoch.

# Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus:

Sonntag, den 27. April 1919  
 nachmittags 2 Uhr abends 7/8 Uhr  
**Meine Frau, die Hofchauspielerin**  
 Sondereinstellung **Carmen**  
 Sondereinstellung

Mont. 28. (No. 30) Maria. 7-1/2 10 (4 R. 80 Pf.).  
 Dienst. 29. (Die. 30) Nachtstuhl. 7-10 (4 R. 30 Pf.).  
 Mittw. 30. Sondereinstellung Das Dreimäderlhaus. 7-10 (4 R. 80 Pf.).  
 Donnerst. 1. Mai (Do. 30) Figaros Hochzeit. 7-10 (4 R. 80 Pf.).  
 Freitag. 2. (Frei. 28) Die deutschen Kleinfüßler. 7-1/2 10 (4 R. 30 Pf.).  
 Samstag. 3. (Sa. 28) Ren einstudiert. Elektra. 7-1/2 10 (7 R. 30 Pf.).  
 Sonntag. 4. nachm. 2. Sondereinst. Das Glück im Winkel. 2-1/2 5 (70 Pf. bis 3 R. 20 Pf.), abends 7-1/2 10 (7 R. 30 Pf.).  
 Montag. 5. Sondereinst. zu Einheitspreisen Schwanenweiß. 7-1/2 10 (70 Pf., 1 R. 20 Pf.).  
 Im Landestheater in Baden-Baden.  
 Mont. 28. Zum erstenmal Der Revolutionär. Drama in 3 Aufzügen von Wilhelm Speyer. 5-7 1/2.

## Eintrachtsaal

Dienstag, den 29. April 1919, abends 7 1/2 Uhr:

# BACKHAUS

VORTRAGS-FOLGE:

Fantasie op. 17 in C-dur. Schumann  
 Zwei Impromptus op. 142 Nr. 3 in B-dur. Schubert  
 op. 90 Nr. 1 in C-moll.  
 Fantasie op. 15 in C-dur (Wandern) Chopin  
 Romanze a. d. E-moll-Konzert (bearbeitet von Backhaus)  
 Étude op. 25 Nr. 11 in A-moll.  
 Walzer in C-moll.  
 Ballade in A-dur.  
 Der Konzertflügel Bechstein ist aus dem Lager des Herrn Hoflieferanten L. Schweisgut hier.  
 Eintrittskarten zu Mk. 5, 4, 3, 2, 1.50 in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

## Handels - Hochschulkurse Karlsruhe.

Wiederbeginn der Vorlesungen über:

**Rechtswissenschaft (Handelskauf):** Montag, den 22. April.  
**Volkswirtschaftslehre (System der Wirtschaft):** Freitag, den 2. Mai.  
 Fortsetzung für Donnerstaghörer: Donnerstag, den 8. Mai, für Dienstaghörer, falls erforderlich: Freitag, den 9. Mai.

Ferner beginnen neu die folgenden Halbschulungskurse:

**Allgemeine Staatslehre:** Begriff und Wesen des Staates. Staatsverfassungen. Ausübungen der Staatsgewalt (Gesetzgebung, Verwaltung u. Rechtsprechung).  
 Dozent: Herr Ministerialrat Dr. Ritter vom Justizministerium Karlsruhe.  
 Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr. Beginn: 30. April.  
**Soziale Kämpfe und soziale Ideen.**

I. Die soziale Frage in der vor- und frühkapitalistischen Wirtschaft. Die vorchristliche Zeit. Soziale Probleme in Israel. Soziale Gegensätze und Sklavenaufstände bei den Griechen und Römern. Soziale Bewegungen im europäischen Mittelalter. Die soziale Bedeutung der Reformation. Revolution und Bürgerkrieg.  
 II. Der Übergang zum modernen Volkkapitalismus. Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in England. Der Sozialismus in Frankreich bis Louis Blanc. Vorgeschichte der deutschen Sozialdemokratie. Die großen deutschen Sozialisten.  
 III. Marxismus. Revisionismus. Syndikalismus. Internationalismus. Anarchismus.

Dozent: Herr Geheimrat Dr. von Zwiedineck-Südenhorst, Professor an der Technischen Hochschule.  
 Jeden Dienstag, abends 8 Uhr. Beginn: 6. Mai  
 Anmeldung gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen: A. Bielefelds Hofbuchhandlung, E. Kundt, J. Linck's Buchhandlung, Weststadtbuchhandlung Ernst Lutzerath.

Besuchsgebühren für die Halbschulungskurse: für kaufmännische Angestellte Mk. 2.—, sonst Mk. 3.—.  
 Die Vorträge finden im Aulabau der Technischen Hochschule statt.  
 Karlsruhe, April 1919.

Das Kuratorium.

Versichern Sie Ihr Gebäude, Mobilar und sonstigen Fahrnisse gegen die Schäden durch **Aufbruch und Plünderungen.**  
 Sehr günstige Bedingungen  
 Auskunft erteilt die **Bezirksdirektion Karlsruhe**  
 Mathystr. 23 II Telefon 5447.  
 Auf Wunsch Besuch eines Vertreters.

## Neu! Neu!

Unentbehrlich für jede Gemeindeverwaltung!

Dieser Tage erscheint:

# Die Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreisabgeordneten-Wahlen im Mai 1919

von Anton Wiedemann, Landtagsabgeordneter  
 8, 24 Seiten, ca. 40 Bg.

Die Schrift enthält aus dem umfangreichen amtlichen Material das Wissenswerte für die Wahlen im Mai ds. J. in übersichtlicher Anordnung. Sie ist bestimmt, die Wahlarbeit zu erleichtern und den Wählern selbst als Nachschlagebuch zu dienen.

Badenia Verlag und Druckerei, Karlsruhe.

Montag, 28. April 1919, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Eintracht“

## Berammlung

der Karlsruher Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden.

Tagesordnung:

# Die diesjährigen Gemeindewahlen und unsere Forderungen.

Wir bitten dringend alle wahlberechtigten Interessenten, Männer und Frauen, um ihr Erscheinen.

Detaillistenvereinigung Karlsruhe (E. V.)  
 Vereinigung der Karlsruher Handwerker und Gewerbetreibenden.  
 Rabattparverein (E. V.)

## Feuerlöschgeräte

Feuerspritzen, mechanische Feuerwehreiter, Hydranten- u. Rettungsgeräte, Schläuche, badische Normkupplungen, Gewinde, Mannschaftsausrüstungen u. sämtlichen anderen Bedarf für den Feuerschutz u. die Feuerwehren liefert:

**Carl Metz, Karlsruhe i. B.**  
 Feuerwerk- gerätfabrik, Heidelberg.  
 gegründet 1842 in Heidelberg.

## Badische Kleider-Klinik

30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) Telefon 4120  
**Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.**  
 Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosen Sitz ausgeführt. Prompte Bedienung. Billige Preise.  
 G98 **WOLF AMSTOWSKI.**

Große Auswahl in **Schlafzimmer**  
 Mahagoni — Eiche — Kirschbaum



**Speise- und Herrenzimmer**  
**Küchen**  
 Vorteilhafte Preise! Vorteilhafte Preise!  
**Möbelhaus**  
**Maier Weinheimer**  
 Karlsruhe  
**32 Kronenstrasse 32**  
 Gekaufte Möbel werden kostenlos zurückgestellt.

**+ Kranfentransporte**  
 von Zivilpersonen mit dem Liege- oder Sit-Sanitäts-Kraftwagen für hier und auswärts übernimmt zu Tag- und Nachtzeit  
 ☞ auf telephonischen Anruf ☞  
**Badischer Landesverein vom Roten Kreuz**  
 Stefanienstraße 74 Telefon 486

**Hohenfels:**  
 Gasthaus u. Pension 1/2 Stunde v. d. Stat. Albronn Post. Linie Basel-Konstanz. Teleph. Schönster Punkt des wildr. Albtales. Inmitten herrl. Taunwald. bietet Erholungsbedürftig angenehm. Aufenthalt. Gute Verpfleg. Bes.: Fritz Schlegel.

Empfehle mich zum Ankauf von **Offiziersuniformen, Wäsche, Schmucksachen aller Art**  
 F986 usw. Geß. Angebote erbitte  
**Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft**  
 Kronenstrasse 52 Telefon 3747.

**Beamten-Schule Oberndorf a. Neckar**  
 Fachschule für Damen u. Herren zur Ausbildung für d. Verwaltungs- u. Verkehrsdienst. Stellenvermittlung. Prosp. „Ka“ fr.  
**Gummi- Sauger, Beruhiger, Spritzen, Bettstoffe**  
 Irrigatorschläuche usw. Billroth-Balist prima, sowie alle Artikel zur Krankenpflege in nur bester Qualität  
**Sanitätshaus Wörner, Kleinert & Co.,**  
 Karlstr. 70, Karlsruhe, Ecke Augustastraße.

Nach Assistententätigkeit an verschiedenen Kliniken und Krankenhäusern (Berlin, München, Straßburg und Freiburg) habe ich mich hier als **Spezialarzt für Haut- und Harnleiden mit Institut für Licht- und Röntgenbehandlung** niedergelassen.  
 Sprechstunden: 11-1, 3-4 und 5-7 Uhr.  
**Dr. med. Simon**  
 Karlstr. 16 bei der Hauptpost geg. Rest. Moninger  
 Telefon 2102.

**Hilde Estelmann**  
 prakt. Zahnärztin  
 Kaiserstrasse 180 (Ecke Hirschstrasse)  
 Sprechstunden: 9-12 Vormittags  
 1/3-5 Nachmittags

**Altertümer:**  
 Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen  
**Antiquar Sasse, Kaiserstr. 229.** Tel. 115

**Milch- u. Fettversorgung**  
 Wir empfehlen uns zur Lieferung aller für die **Milchwirtschaft** erforderlichen **Geräte, Maschinen und Hilfsmittel.** Auf Wunsch stehen wir mit fachmännischem Rat und Auskunft gerne zur Verfügung.  
**Badischer Molkereiverband** Karlsruhe, Güterbergstr. 3. Tel. 5207.

**Bau- Impressen**  
 Nach Verordnung des Bad. Finanzministeriums  
**Wichtig für Stadtbauämter, Architekten, Bauunternehmer, Gewerbeschulen usw. usw.**  
 Zu beziehen nur durch die G. Brannsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden.

**Brenn-Holz**  
 Buchen u. Eichen, 3. Streifen des besten Forsten, Tannen (Kieferholz), amtlich festgesetzte Preise. Das Holz wird auf Bestellungen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle:  
**Gerwigstraße 53**  
**Fr. Kempermann**  
 Telefon 5206  
 Brennholzlager, Spaltari und Bündelholzfabrik  
 Gaststätte der elektrischen Bahn am Schlachthof.

**Verheirateter Diener**  
 resp. Gärtner — besonders erfahren in Obstbaumpflege — dem von langjähriger Herrschaft vorzügliche Empfehlungen zur Seite stehen, **sucht Stelle.** Gest. Angeb. u. 49 an Haagenstein & Bogler K. O. Kaufhaus erbeten.

**Guter Ton und feine Sitte**  
 Geschenkwert 5,50. Die Kunst des Gefallens 6,40. Rob. Weg z. Ehe 3,20. Bekämpfung der Schüchternheit 3,25. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3,20. Liebesbriefsteller 3,20. Tanzlehrbuch 3,25. Klavier- schule 7,40. Violinschule 6,50. Traumbuch 2,75. Privat- und Geschäftsbriefsteller 5,50. 1000 chem. techn. Rezepte zu Handelsartikeln: 5,50. Nachnahme- L. Schwarz & Co., Berlin H 14, Annenstr. 24. G324

**Provisions-Reisender oder Platzvertreter**  
 in Kolonialwaren u. Haus- haltungsgegenständen gut eingeführt, für **Karlsruhe** und **Umgebung**, von leistungsfähiger Büchsen- fabrik Mannheims gesucht. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer Provisions- ansprüche melden unter G. 408 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Bürgerl. Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.**  
 Aufgebot.  
 R. 744.3.2. Mannheim.  
 Der Schneider Oskar Treuffe in Unterprechtal hat das Aufgebot des Pfandbrieves der Rheinischen Hypothekendarbank in Mannheim Serie 42 Litera B Nr. 164 über 1000 Mark vergünstlich zu 3/4 % beantragt.  
 Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf: **Donnerstag, den 27. November 1919, vorm. 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht II. Civil, Zimmer 114 aberkanntem Aufgebotsbetrimine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.  
 Mannheim, 8. April 1919.  
 Rab. Amtsgericht Z. 2.